

Rechtsgebiet: 19. Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen.

Gesetzliche Grundlage:

Gemeindeordnung vom 15. Januar 1876 mit Abänderungen  
vom 26. Dezember 1891.

I. Voraus-  
setzungen für den  
Erwerb des  
Bürgerrechts.

Das Bürgerrecht wird erworben

1. durch unwiderrufliche Anstellung im Hof-, Staats-, Kirchen- und Schuldienst im Bezirke der Gemeinde oder
2. durch ausdrückliche Verleihung des Gemeinderats,
3. ohne besondere Verleihung, aber durch Anerkennungsbeschuß des Gemeinderats wird es von solchen Personen erworben, die seit 3 Jahren ein stehendes Gewerbe selbständig im Gewerbebezirk betrieben oder seit 3 Jahren ihren wesentlichen Wohnsitz im Gemeindebezirk gehabt haben.

Fähig zum Erwerbe sind rechtlich selbständige physische Personen (auch Frauen), die

1. Reichsangehörige sind,
2. sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden,
3. eine „selbständige Nahrung“ haben (der Begriff der selbständigen Nahrung ist derselbe wie in Schwarzburg-Rudolstadt — cf. vorige Seite unter I).

Die Verleihung des Bürgerrechts darf den zum Erwerbe Fähigen nicht verweigert werden.

Jeder neue Bürger erhält einen Bürgerchein ausgestellt und wird in das Bürgerbuch eingetragen.

Wohnsitz in der Gemeinde ist zur Verleihung des Bürgerrechts nicht erforderlich. Auch durch Aufgabe des Wohnsitzes wird das Bürgerrecht nicht verloren, wenn der Wegziehende in der Gemeinde eine selbständige gewerbliche Niederlassung behält oder sich sein Bürgerrecht ausdrücklich vorbehält. In letzterem Falle muß er zugleich einen Bevollmächtigten zur Entrichtung der Gemeindelaften stellen.